

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Zeitungspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei Nachnahme Postbezugs monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Briefhand für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Leserinnen sollen die achtseitige Monatszeitschrift oder deren Name 1,20 M., Westansagen das Monatsheft 27 Pf., jedes weitere Heft 25 Pf., Fernzustellung 30 Pf., bei Familien- u. Vereinsabonnements zählt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Verlags-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Drohender Konflikt in Mitteldeutschland

Die technische Nothilfe auf dem Kriegspfade.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Halle, 27. Oktober.

„Die Technische Nothilfe steht bereit.“ Diese Meldung verbreitete am Sonnabend Wolffs Telegraphenbureau, in der auch noch mitgeteilt wurde, daß die Stadt Bitterfeld ohne Licht und Kraft sei. Die Technische Nothilfe wurde bereits gestern eingeseht, geschützt durch Maschinengewehre und Minenwerfer. Da W. T. B. den Grund des Streiks in Bitterfeld nicht angibt, erscheint die Sache verdächtig. Der Grund ist folgender: Bei der Grube Leopold, die Bitterfeld und Umgegend mit Strom versieht, erdreiste sich die Betriebsleitung, den Vorständen ohne ersichtlichen Grund zu entlassen, worauf die Belegschaft in den Streik trat. Der betreffende Genosse wurde daraufhin von Koskessabaten verhaftet. Eine gestern in Halle stattfindende Betriebsrätekonferenz aus ganz Mitteldeutschland, die zu einem anderen Zweck zufällig zusammengetreten war, befaßte sich mit dem Konflikt in Bitterfeld. Sie beschloß, den Nachhabern in Bitterfeld ein Ultimatum zu stellen und forderte, daß der verhaftete Genosse bis Mittwoch aus der Haft entlassen und wieder eingestellt wird. Die Delegierten beschloßen weiter, in ihren Revieren dafür einzutreten, daß die Bitterfelder Kameraden nötigenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem Kampfe um die Betriebsräte unterstützt werden. Ein allgemeiner Streik der Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland wird durch das propagierende Verhalten der Koskessabaten in drohender Nähe gerückt. Falls es zu einem Streik kommen sollte, wird auch Berlin in Mitleidenschaft gezogen, weil sich die Kraftwerke Gelpa-Schornewitz mit foliarisch erklärt haben.

Somit bewahrt er sich schon, was wir sofort beim Erscheinen der „Technischen Nothilfe“ gefürchtet haben: Das Eingreifen mit plumper Gewalt in jeden Arbeitsstreit erzeugt Erregung in der Arbeiterschaft, vertieft jeden Konflikt und erschwert seine Beilegung. Der befohlen organisierte, durch die S.P.D. mit ihrer ganzen

Werbekraft geförderte Streikbruch, angeblich zur Milderung der Festigkeit der sozialen Kämpfe geschaffen, bewährt sich trefflich als neuer Bündnistof, womit er allerdings die innigsten Wünsche aller Scharfmacher erst vollkommen erfüllt. Es ist höchste Zeit, daß sich die Regierung ihrer Verantwortung bewußt wird und das Verfehlte dieses Weges erkennt, auf dem, wie immer wieder betont werden muß, die im Offizierkorps der Reichswehr konzentrierte Gegenrevolution die Führung hat. Und die Gewerkschaften müssen endlich mehr Energie aufbringen, um die Regierung zur Anerkennung des Grundsatzes und Disziplin, die durch die „Technische Nothilfe“ zu zwingen, daß den Gewerkschaften allein die Entscheidung über die Nothilfsarbeiten zusteht. Die General-Kommission stellt sich noch immer tot. Wozu ist sie da, wenn sie unfähig ist, zu den Fragen der Solidarität und Disziplin, die durch die „Technische Nothilfe“ brennend geworden sind, Stellung zu nehmen? Oder hat sie Interesse an dem neuen Streit in den Gewerkschaften, der die unerschleibliche Folge dieser Taten der Behörden und der Haltung der S.P.D. zur „Technischen Nothilfe“ sein muß, wenn nicht sehr bald eine alle Beteiligten befriedigende, unter entscheidender Mitwirkung der Gewerkschaften gefundene Lösung des Konflikts herbeigeführt wird.

Von dem Betriebsrat und den Vertrauensleuten des Kraftwerkes Schornewitz geht uns noch folgender Bericht zu:

In der Ausgabe vom Sonntag, den 19. Oktober 1919, der „Berliner Morgenpost“, des „Berliner Tageblattes“ und der „Vossischen Zeitung“ wird berichtet, daß die Arbeiterschaft des Kraftwerkes Schornewitz durch das Eingreifen der Technischen Nothilfe und der Reichswehr sich ihrer Pflicht erinnert hätte und den Betrieb aufgenommen hat. Wir bemerken dazu, daß die Stromlieferung nach Berlin nur nach Anordnung der über und Gewerkschaftskommission geschehen ist. Die Arbeiterschaft von Schornewitz läßt sich durch Nothilfsgruppen ihren Willen und ihre Meinung nicht rauben, und fürchtet sich auch nicht vor Koske.

raubi werden. Die Versammlung stellt fest, daß es unbedingt notwendig ist, die Koalition durch einen allgemeinen großen Streik zu verhindern und daß das Proletariat Polens bereit ist, seine Freiheit zu verteidigen. Die Versammlung stellt ferner fest, daß sie auf Aufforderung des Rates der Gewerkschaftsverbände den Proteststreik der Landarbeiter unterstützt.

Die amerikanische Streikbewegung.

T. U. Amsterdam, 27. Oktober.

Dem „Telegraph“ wird aus New York gemeldet: Die letzten Vorschläge des Staatssekretärs für Arbeit, Wilson, sind verworfen worden, ebenso der Appell des Präsidenten an die Bergarbeiter und das technische Personal, so sehr die technischen Angestellten für einen Schlichter sprachen. Die Grubenarbeiter waren dagegen, wenn nicht das Ergebnis im voraus festließe. Staatssekretär Wilson hofft noch immer, den Ausbruch von 600 000 Grubenarbeitern am 1. November verhindern zu können. Der Staatssekretär des Regierungsbureaus für Bergbau widerrechtlich die Nachricht, daß die Regierung beabsichtigt, die Kohlengruben zu übernehmen.

Der Ausbruch der Hafenarbeiter bei den Meedern bereits vier Milliarden Dollar gelostet. Es wird erwartet, daß der Streik am Sonntag beendet sein wird.

Milliardenkredit Amerikas für Europa.

H. N. Haag, 26. Oktober.

Der New-Yorker Korrespondent des Haager „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß Amerika zwei Milliarden Dollar für internationale Kredite zur Verfügung stellen wird. In der Konferenz wurde weiter mitgeteilt, daß in den ersten sieben Monaten des Jahres 1919 aus Amerika für 2276 Millionen Dollar Waren ausgeführt wurden.

Der Zustand Haases.

Nach eingehenden Beratungen haben sich die behandelnden Körper zur Amputation des verletzten Beines entschlossen. Die Operation fand heute mittag statt. Bei der allgemeinen Schwäche des Patienten ist der Ausblick noch wie vor sehr ernst.

Klassenharmonie — Klassenkampf.

A. B. Die Frage, die auf der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes im Mittelpunkt der Diskussion stand „Arbeitsgemeinschaften der Räteorganisationen“, rückt wieder das ganze Problem des Klassenkampfes auf.

Den deutschen Arbeitern, die im Geiste der Lehre von Karl Marx aufwachsen, war bis zum 4. August 1914 der erste Satz des kommunistischen Manifestes, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, die unverrückbare Richtlinie ihrer politischen und wirtschaftlichen Stellungnahme gewesen. Ebenso die daraus folgende Notwendigkeit, daß, so lange die Gesellschaft in Klassen gespalten sei, dieser Kampf mit allen Mitteln und dem Einsatz der ganzen Energie und Macht zu führen sei. Es bedurfte der ungeheueren Erschütterung durch den Weltkrieg, um die in der Arbeiterschaft schlummernden, übrigens in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch immer deutlicher sichtbar gewordenen Gegen Tendenzen vollends zu erwecken, ja ihnen sogar zu einem vorübergehenden verhängnisvollen Siege zu verhelfen. Es kann nicht geleugnet werden: Im ersten Augenblick beugte sich, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, die ganze Arbeiterschaft nicht nur passiv, sondern auch geistig unter das Diktat des Interesses der Großbourgeoisie dienenden Militarismus, sie vergaß im Schatten des Burgfriedens ihr Klassenbewußtsein und ihren unüberbrückbaren Gegensatz zur Kapitalistenklasse. Wie ein großer Teil des Proletariats unter dem Eindruck der immer unverbüllter zutage tretenden imperialistischen Kriegsziele der herrschenden Klassen und unter dem immer unerträglich werdenden Druck der Militärökonomie und der Verelendung allmählich wieder zur Besinnung kam und sich seines jahrelangen eingenommenen Standpunktes der unerbittlichen Opposition gegenüber dem kapitalistischen Staat erinnerte, davon zeugt das Werden und Wachsen der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

So traurig vom allgemein-proletarischen Standpunkt aus die Spaltung des deutschen Proletariats erscheinen mag, so müssen wir ihre Notwendigkeit doch marxistisch zu begreifen suchen. Denn stellt die Spaltung nichts anderes dar, als den politischen Ausdruck der innerhalb der Arbeiterschaft bestehenden wirtschaftlichen und demnach auch geistigen Entwicklungsverschiedenheiten. Dem politischen Gegensatz: Die Demokratie, Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie — die Rätepolitik, Ausschluß der Bourgeoisie von der Macht, um dem wirtschaftlichen Gegensatz: Die Arbeitsgemeinschaft, Verständigung mit den Unternehmern — die Räteorganisation, Kampfstellung gegenüber den Unternehmern, müssen auch Gegensatz in der wirtschaftlichen Stellung der Arbeiter selbst entsprechen.

Der deutschen Arbeiterschaft vor 1914 war der Standpunkt des Klassenkampfes der selbstverständliche gewesen. Das konnte leicht zur Annahme verleiten, daß er der einzig mögliche und denkbare Standpunkt der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie sei. Und doch war es nicht immer so gewesen und nicht überall so. Wenn wir die Geschichte der Arbeiterbewegungen in den einzelnen Ländern betrachten, so sehen wir, daß sich das Klassenbewußtsein der Arbeiter, das Bewußtsein, daß sie eine eigene, allen anderen Klassen entgegengesetzte Klasse mit eigenen, den anderen Klassen fremden oder feindlichen Zielen bildeten, nur langsam und spät entwickelt. Am Beginn des Entstehens der Arbeiterklasse steht in allen Ländern die Koalition mit dem Bürgertum, aus dem sie zum Teil herkommt und das selbst noch in Opposition zur damals herrschenden feudalen Klasse stand. Die Arbeiterschaft war damals noch unmündig, sie stand nicht nur politisch, sondern auch geistig ganz unter der Vormundschaft des Bürgertums, so sehr, daß sie oft noch als Teil der Kapitalistenklasse angesehen wurde. So fassen auch die französischen utopistischen Sozialisten beide Klassen als eine Einheit auf und geben ihnen auch nur einen Namen. In der Tat leistete die Arbeiterschaft dem Bürgertum auch wertvolle Dienste im Kampfe um die Erringung der Staatsgewalt, so in England im Wahlrechtskampf im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts, in Deutschland und Frankreich in der Revolution des Jahres 1848.

Als das Bürgertum oder mit Hilfe der Arbeiterklasse seine Ziele mehr oder weniger vollständig erreicht hatte, da begann diese sehr bald zu erkennen, daß diese Ziele nicht auch die ihrigen, ja den ihrigen ganz entgegengesetzt seien, sie wurde sich ihrer Existenz als eigene Klasse bewußt und machte gegen die Bourgeoisie als ihren unmittelbaren „emgegenner Front. Dieser Frontwechsel ging zuerst in dem Maße vor sich, in dem sich der Kapitalismus am schnellsten entwickelte, in England (in der Chartistenbewegung) das

Von den bolschewistischen Fronten.

Die Bolschewisten vor Krasnojarsk.

Stockholm, 27. Oktober.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Die Bolschewisten haben vorgestern einen mit zahlreichen Panzerwagen und fliehenden Geschützen unternommen und die Gegend von Krasnojarsk erreicht. Die Truppen des Generals Judenitsch waren gezwungen, sich zurückzuziehen. Trotz und Sinowjew richteten einen neuen Aufbruch an die Bevölkerung, in welcher sie mitteilen, daß es den roten Truppen gelungen ist, die Offensive der weißen Garden niedersaurigen. Die Stadt Petrosburg befindet sich wieder, seit im Besitz der bolschewistischen Truppen.

H. N. London, 27. Oktober.

Aus Omsk wird gemeldet: Die sibirischen Truppen haben in der Richtung auf Jakutskowol die Offensive wieder aufgenommen und dem Feind schwere Verluste beigebracht. In der Richtung auf Kuznec wurden die roten Truppen überall zurückgeworfen und mußten sich über den Fluß Tobol zurückziehen. Das 308. Sowjetregiment wurde am Tobol auseinandergetrieben und mußte Material und Verwundete zurücklassen. Von der Front von Semiretsch, die von den Bolschewisten mit 80 000 Mann besetzt war und sehr verstärkt worden ist, wurden die Bolschewisten gleichfalls unter Zurücklassung einer großen Menge Material zurückgeschlagen.

H. N. Paris, 27. Oktober.

Von bolschewistischer Seite wird gemeldet: In den jüngsten Tagen sind mehrere Regimenter der Orskburger Kosaken zur Sowjetregierung übergetreten. Auch bei den Wrassktruppen soll eine Bewegung zugunsten der Sowjetregierung im Gange sein.

Arbeiterprotest gegen die Reaktion in Polen.

T. U. Warschau, 27. Oktober.

Gegen 2000 Delegierte der Berufsverbände der Metallarbeiter, der Mühlensarbeiter, der Schuhmacher, Hutmacher und der ungelerten Arbeiter nahmen folgende Resolution an: Die Generalversammlung der Delegierten von sechs Gewerkschaftsverbänden, die 9000 Mitglieder zählen, protestiert gegen die reaktionären Verbote des Arbeitsministeriums. Sie protestiert besonders, daß die Arbeiterinstitutionen ihrer soziale be-

weihiger Jahre), nach während des Jahres 1848 in Frankreich (in den Juni-Kämpfen), in Deutschland hingegen vollständig erst in den siebziger Jahren.

Die Revolution mit dem Bürgertum steht aber nicht nur am Anfang der Entwicklung der Arbeiterklasse, vor ihrem Erwachen zum Klassenbewußtsein. Sie kennzeichnet auch eine zweite Periode, in der das Klassenbewußtsein schon sehr entwickelt ist. Es ist die Periode, in der sich die englische Arbeiterklasse bis kurz vor dem Kriege, und die deutsche Arbeiterklasse am Anfang des Krieges befand und zum Teile jetzt noch befindet. Es ist nicht utopisch, sondern ganz marxistisch gedacht, wenn man diese Periode als Uebergangsstadium bezeichnet. Es ist jener Zeitpunkt, in dem die Arbeiterklasse durch ihren Klassenkampf sich aus der Verblendung der frühkapitalistischen Ära herausgearbeitet, ihre wirtschaftliche Lage absolut, wenn auch nicht relativ gegenüber der Bourgeoisie gehoben hat, ein Zeitpunkt, in dem nach dem augenblicklichen Kräfteverhältnis eine weitere, augenblicklich einsehende Verbesserung ihrer Lage nur durch ein weiteres Ausblühen des Kapitalismus zu erwarten ist. Es ist der Zeitpunkt, in dem die imperialistische Ausdehnung des Kapitals auch den Arbeitern zugute kommt. Es ist kein Zweifel, daß es einen solchen Zeitpunkt gibt. Aber es ist für den marxistisch gekulten Sozialisten, der die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus kennt, der weiß, daß das Kapital die Jagd nach dem Mehrwert und seiner stetigen Akkumulation auf immer größerer Stufenleiter so wenig lassen kann, wie die Raube das Maulen, ebensowenig zweifelhaft, daß es eben nur ein Zeitpunkt, eine Uebergangsperiode, eine Station mehr auf dem Wege zum Sozialismus ist.

Das beweist der Gang der Ereignisse in England. Da es in seiner kapitalistischen Entwicklung allen Ländern voran war, trat dort die eben geschilderte Periode am frühesten ein und hielt, begünstigt durch die weitpolitische Konstellation, die dem englischen Imperialismus eine ungeheure Machtposition geschaffte, am längsten an. Aber es ist in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch mit ihren wirtschaftlichen Kriensämpfen ein allmähliches Wiederkommen des alten Klassenkampfes zu bemerken, und heute ist die englische Arbeiterklasse bereits so Klassenbewußt und im Kampfe mit der Kapitalistenklasse zu solcher Macht gelangt, daß sie sich nach einem siegreichen Kriege mit der herrschenden Regierung in einen auf beiden Seiten hartnäckig und erbittert geführten Kampf um die Sozialisierung (zuerst der Bergwerke) und um die Macht im Staate überhaupt einlassen kann, in einen Kampf, dessen Ausgang bei der Geschlossenheit und Stärke der englischen Arbeiterbewegung nicht zweifelhaft sein kann.

Dem deutschen Proletariat fehlt heute noch die Geschlossenheit und daher auch die Stärke des englischen. Ein Teil der deutschen Arbeiterklasse ist noch im Uebergangsstadium stehen geblieben und glaubt, daß die Interessen der Bourgeoisie — die „Erfüllung des Betriebszweckes“, wie es im Gesetzentwurf über die Betriebsräte so schön heißt — mit den eigenen identisch seien. Eine Untersuchung darüber, welche Teile des Proletariats es seien, die diese Politik verfolgen, würde zweifellos die aus den eben vorgebrachten Darlegungen sich ergebende Ansicht bestätigen, daß sie die schwache Schicht der wirtschaftlichen Antiklassen umfassen, die aus der ersten Kampfperiode bereits heraus sind, aber den Weg zur zweiten noch nicht finden konnten (vom sicherlich großen Kleinbürgertum und intellektuellen Aushang der Rechtssozialisten abgesehen). Aber ihre Politik ist viel mehr noch als die frühere der englischen Arbeiter zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Selbst den augenblicklichen Erfolg einer vorübergehenden Vesserung der Lage der Arbeiterklasse hätte sie nur dann, wenn sich die gesamte Arbeiterklasse willenlos dem Diktat des Kapitals beugte. Aber diese Voraussetzung weißt nicht zu und ist für das Proletariat ein für allemal geschwunden. Die Arbeiterklasse, durch die Erfahrungen des Weltkrieges klüger geworden, hat das rückwärts profit-, ausbeutungs- und erpansionsgierige Wesen des Kapitals endgültig durchschaut und sieht nach dem Zusammenbruch des Militarismus kein entscheidendes Hindernis für die Verwirklichung des Sozialismus als die Un-

entschlossenheit und Gespaltenheit des Proletariats selbst. Deshalb müßt diese Politik der Rechtssozialisten niemandem, jedoch aber unendlich dem ganzen Proletariat und damit schließlich auch ihnen selbst. Sie müssen und werden immer mehr zur Einsicht kommen, die die Klassenbewußtesten, energiegeltesten Schichten des Proletariats — und es ist zweifellos schon heute das überwiegende Mehrteit — schon jetzt besetzt, daß kein anderer Weg aus dem Sumpf des Kapitalismus heraus zum Sozialismus und damit zur Rettung des ganzen Volkes führt, als der von Karl Marx gezeigte Weg des unerbittlichen Klassenkampfes gegen die Kapitalistenklasse.

Beleidigung Sr. Majestät.

Die „Deutsche Zeitung“ ist wieder einmal verboten worden, und zwar wegen eines Leitartikels, den sie am Sonnabend unter der Überschrift „Wie lange noch?“ veröffentlicht hat. In dem Artikel war ausgeführt worden, daß von den Soldaten die Leistung eines Eides verlangt werde, wonach sie dem Reichspräsidenten und der Regierung Treue, Ehrlichkeit und Gehorsam zollen sollen. Die „Deutsche Zeitung“ stellt dem einige Ausführungen gegenüber, die der Präsident Ebert, Herr Scheidemann als Reichspräsident und Herr Siroch als preussischer Ministerpräsident sich vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages geleistet haben und in denen großspurig gefaselt worden war: nur ein ehrlicher Deutscher könne einen solchen Vertrag unterzeichnen, seine Hand müsse verdorren und lieber wolle man tot als Sklave sein. Und nun fragt das Blatt, wie man einem solchen Reichspräsidenten und einer solchen Regierung, die trotzdem den Friedensvertrag unterzeichnet hat, noch Achtung, Treue und Gehorsam zollen könne.

Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß das ganze Untwejen des Belagerungszustandes, auf Grund dessen die Anhebung der der Regierung oder den Militärern missliebigen Presse erfolgt, verfassungswidrig und ungesetzlich ist. Deshalb brauchen wir heute nicht das näheren auszuführen, daß auch das Verbot der „Deutschen Zeitung“ einen reinen Willkürakt darstellt. Der Artikel der „Deutschen Zeitung“ enthält aber auch nichts, was selbst nach der Art, wie Herr Kossel die Verfassung und die Gesetze auszulernen beliebt, Veranlassung zu dem Verbot geben könnte. Man sollte denn meinen, daß die Ehre Sr. Majestät des Reichspräsidenten ebenso geschützt werden müsse, wie die Ehre Sr. Majestät Wilhelm II. geschützt worden ist. Vielleicht erleben wir noch, daß auch der Majestätbeleidigungsparagraph von anno dozumal wieder hervorgeholt und zum Schutz der rechtssozialistischen Regierungsmänner angewandt wird.

Wir lehnen es selbstverständlich ab, uns im geringsten mit den nationalistischen Ausführungen der „Deutschen Zeitung“ irgendwie zu identifizieren. Aber wenn auch die rechtssozialistische und die bürgerliche Presse über die Unterdrückung solcher unabhängiger und kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften mit Selbstbewußtsein himpselt, ja sie noch ausdrücklich hilflos, so erhebt sich doch nicht der Pflicht, gegen Willkürakte zu protestieren, auch wenn unsere härtesten Gegner davon betroffen werden.

Kriegswohlfahrtsausgaben?

Der Gemeindeausschuh der Preussischen Landesversammlung hat sich kürzlich mit einem Beschlusse befaßt, der weitere Beihilfen für Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden vorsieht. Der Titel, das wurde vom Ausschuh einstimmig anerkannt, ist kreführend. Von den angeforderten 500 Millionen n. m. m. t. Staats 500 für sich in Anspruch zur Deckung des Drittels von den anderenfalls Milliarden, die für Verbilligung von Lebensmitteln vom Reich bereits ausgegeben worden sind. Es verbleiben 50 Millionen für die Gemeinden zugewendet werden, die nicht aus eigenem Vermögen zur Verbilligung der Lebensmittel haben aufbringen können. Einmütigkeit herrschte ferner im Ausschuh darüber, daß durch die verausgabten 1 1/2 Milliarden wohl einzelne wenige Lebens-

mittel auf kurze Zeit im Preise gesunken sind, die Lebenshaltung im ganzen aber kostspieliger geworden ist. Im Hinblick darauf brachte Gemeindevorstand Dr. Eysl zwei Entwürfe ein, die auch die Zustimmung des Ausschusses fanden. Sie lauten:

1. Die Staatsregierung wird ersucht, mit größter Beschleunigung der Handvermittlung eine Gesetzesvorlage über weitere Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbänden zu unterbreiten.
 2. Die Landesversammlung ersucht die Staatsregierung, auf die Neuregelung einzugehen, mit übergrößer Beschleunigung den Gemeinden und Gemeindeverbänden die von ihnen zu Kriegswohlfahrtszwecken vorzuschussweise für Reich verausgabten Gelder samt Tilgungs- und Verzinsungskosten zurückzuerhalten.
- Die finanzielle Tragweite des letzteren Entwurfs stellt z. B. dar, daß die Stadt Berlin allein für Verzinsung und Tilgung der zu Kriegswohlfahrtszwecken vorzuschussweise verausgabten und durch Anleihen aufzubringen der Betrag jährlich 22 Millionen Mark aus Steuern in aufwenden muß. Die Veranschlagung des Reichs, die's Schwere Last den Gemeinden abzuwehren, ist kürzlich vom Finanzminister Sadekum ausdrücklich anerkannt worden. Der Ausschuh beidlos, dem Finanzminister Gelegenheit zu geben, sich zu dem Antrag zu äußern.

Alle Heune!

Aus Oberschlesien wird uns folgendes geschrieben: Wenn man die Reden, die von den rechtssozialistischen Führern der Regierung in Breslau „zusammengefasst“ geschildert wurden, mit den Worten der Regierungsmänner vergleicht, dann weiß man, daß alle Reden so viel und so wenig wert sind wie z. B. das Gelehrtenwort, mit denen der Kaiser seine alljährlichen Perestrojen in Oberschlesien einzuleiten pflegte.

Schon in jenen nunmehr entfallenen Zeiten herrschte in polizeilicher Hinsicht ein ziemliches Durcheinander in Oberschlesien. In den letzten Monaten aber ist das Nebeneinanderherregieren in geradezu Entsetzlichem Maße gestiegen. Es wird auch außerhalb Oberschlesiens merkwürdiger, daß wir Oberschlesier unter neun verschiedenen polizeilichen Schutz stehen. Die Schutzstellungen sind folgende: 1. die Polizei der kommunalen Polizei, 2. die staatliche Polizei, 3. die politische Polizei, 4. die Gendarmerie, z. B. in Hindenburg, 5. die Kriminalpolizei gegen das Scher- und Schmuggeln unversehrt nicht Verhinderung, 6. die Kontrollorgane des Staatskommissariats mit besoldeten Arbeiterratsmitgliedern, 7. die Sicherheitswehr (in Hundeshagen), 8. die Reichswehr bzw. der „Grenzschutz“ nebst der Geheim-Polizei, 9. die Wohnungspolizei der Gemeinden.

- Man kann man nicht verlangen. Wagt man jetzt, wie in Oberschlesien „regiert“ wird?
1. die Reste der kommunalen Polizei,
 2. die staatliche Polizei,
 3. die politische Polizei,
 4. die Gendarmerie, z. B. in Hindenburg,
 5. die Kriminalpolizei gegen das Scher- und Schmuggeln unversehrt nicht Verhinderung,
 6. die Kontrollorgane des Staatskommissariats mit besoldeten Arbeiterratsmitgliedern,
 7. die Sicherheitswehr (in Hundeshagen),
 8. die Reichswehr bzw. der „Grenzschutz“ nebst der Geheim-Polizei,
 9. die Wohnungspolizei der Gemeinden.

Man kann man nicht verlangen. Wagt man jetzt, wie in Oberschlesien „regiert“ wird?

Nach eine Konferenz in Washington.

Der Versuch Wilsons, durch eine Konferenz von Industriellen und Arbeiterführern die gemäßigten Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern in Amerika friedlich zum Ausgleich zu bringen, sind gescheitert. Nachdem die Unternehmergruppe dreimal die von Comper eingeleitete Entscheidung, die die Anerkennung des kollektiven Verhandlungsrechts für die Gewerkschaften fordert, verworfen hatte, verließen die Mitglieder der Arbeitergruppe die Industriekonferenz, so daß sie resultatlos verlaufen ist.

So sehr man sich auch vor einer Ueberschätzung dieses Ereignisses hüten muß, so zeigt es doch, daß selbst Leute wie Comper durch die wachsende Radikalisierung der Arbeiter in immer weiteren Gegensatz zu den Unternehmern geraten. Der geschäftsführende Ausschuh der amerikanischen Arbeiterverbände beschloß dann, eine Konferenz von Arbeitern einzuberufen, um über die Mittel zu beraten, die die Arbeiterorganisationen gegenüber den traurigen Zuständen in der Industrie anwenden werden.

Porträte.

Heber Romani Nolland sprach Stephan Zweig in einer Bonntags-Vorlesung in der „Lübne“ vor ausverkauftem Saale. Der Vortrag war ein künstlerischer Genuß und ein Bekenntnis zu jenem Europertum, dem Internationalismus der geistigen Welt, dem ethischen Positivismus, dessen mannhaftester Vertreter Romani Nolland war und ist. Zweig konnte ein so eindringliches, lebendiges Bild von Nollands Leben und Schaffen geben, weil er geistesverwandt dem großen Franzosen sah. In klarer, humorvoller, allen Ueberschwang vermeidender Sprache erzählte der Wienerische Dichter vom Werden und Kampfen des großen französischen Künstlers: Einheit von Leben und Werk, Antworten der Niederlage durch geistige Ueberwindung, Liebe für das augenblicklich Ausgesetzte, die durch keine Misserfolge und Niederlage zu erschüttern ist, kennzeichnet dieses Leben, dessen Prädikation er Stephan Zweig an symbolischen Erlebnisformen Nollands aufwies. Er zeichnete auch den sozialen Hintergrund des Schaffens des Verfassers von Johann Christoph. Große ist der moralische Mut und die Vereinfachung des Europäers Nolland nicht mehr voll zu wissen, da nach dem Weltkrieg ein sogenannter „Internationalismus“ wieder Mode zu werden beginnt, besonders in den Kreisen der Intellektuellen, die Nolland in seinen Kreisen beobachtet hat. Es ist zu wünschen, daß Zweig vor Arbeitern seine Ansprache wiederholt. Anstatt eines Friedensmanifestes während der Kriegszeit (das Herr führt allzu pathetisch vorweg) lese man Proben aus „Johann Christoph“, die heute künstlerischer und gleichzeitig auch in der Stimme „Heber der Menge“. Das Werk Nollands muß in der Mensch lebendig werden. O. J.

Goedel-Gedenkfeste. Am Sonntag vormittag hielt die Charlottenburger Ortsgruppe des deutschen Mittelstandes in der Philharmonie eine stark besuchte Trauerfeier für Ernst Goedel ab. Die Gedächtnisrede hielt Goedels Schüler, Professor Heinrich Schmidt aus Jena. Er zeigte, wie Goedel als Bräuder der menschlichen Religion jenseits von Kulturträgern abschließt, die jenen Fortschritt von der mittelalterlichen Dogmatik zu der von Goedel geforderten freien Selbstbestimmung des Menschengeschlechts unter der Herrschaft der Vernunft geführt habe. Goedels Ansätze, die in den schlimmsten Zeiten der Reaktion und des Ueberwucherns des Schopenhauerischen Pessimismus lauten, führten ihn in konsequenter Fortführung der Darwinischen Deszendenztheorie zu jener monistischen Lehre von der Einheit des Alls. An ihm würde der Entwicklungsgedanke zu einer Welt-

anschauung. So wuchs aus dem nur der Erfahrung vertrauenden Forscher der Schöpfer einer freien Religionslehre, die jedem irdischen Zwang feindlich gegenübersteht.

Musik.

Das Festkonzert des Männer-Gesang-Vereins „Kameral“, Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes, war die Zusammenfassung eines 25-jährigen künstlerischen Aufwärtstrebens zu einer unumstrittenen Höhe unter den gesamten Chorvereinigungen Deutschlands. Die Einstudierung einiger Szenen aus dem selten gesungenen Deutschen Oratorium „Fritsch“ für Männerchor, Solostimmen und Orchester erwies von neuem die gewaltige Leistungskraft des Vereins. Die musterghiltige Aufführung, die den höchsten künstlerischen Anforderungen gerecht wurde und in der Philharmonie vor weiteren Kreisen der Arbeitsgenossen wiederholt zu werden verdient, war die Ordnung eines mühevollen, unermüdbaren Ineinandervollens von Chorleiter (Emil Thilo) und Mitgliedern. Ida Wasler vom Deutschen Opernhaus sang die Solopartie der Ingeborg. Julius Koether hatte die Rolle Fritschs übernommen. Von den vorangegangenen drei Gesängen für Männerchor löste die „Hymne an die Welt“ von Sagner die unmittelbare tiefste Wirkung aus. Auch als Orchesterleiter zeigte sich Emil Thilo beschäftigt, einen Beethoven (Leonoren-Ouverture III), einen Mozart (Eine kleine Nachtmusik) mit mander Feinheit einen Liszt (Les Preludes) mit Wucht und Temperament zu durchdringen. Vielen ausstehenden Chorvereinigungen möchte man gutrufen: Hier lernt, wie es gemacht werden muß!

Der Arbeiter-Altarabend Berlin veranstaltete am Sonntag in der Stadthalle (Kosterstraße) einen abwechselungsreichen Kunstabend, bei dem hervorragende künstlerische Kräfte mitwirkten. Frau Lilla Durieux erzählte die Märchen von Andersen „Die Nachtwalt“ und sprach mit vieler Feingebit Andergedichte aus alter und neuer Zeit für die Kleinen und Älteren. Nach den Regitationen sang Frau Ida Gorch zur Nieden „Schlichte Weisen“ ganz in der herzlichen Art ihrer volkstümlichen Einwürde. Willo Samdison hatte den Kunstabend mit Mozarts G-Dur-Sonate eingeleitet, er ließ ihn mit Beethovens Sonate Op. 12 ausweiten. Davonher zeigte er einige kleine Klavierstücke für Klavier von Mozart, Chopin und Schubert, die bei dem Charakter des Programms anschließendes Aussenberg fand ihm alle Anzeichen der Begleitmusik zur Seite. B. B. B.

Vollaufführungen des „Polestina“ in der Stadthalle. Am Freitag findet eine Aufführung des „Polestina“ als Volksvorstellung im Opernhaus statt. Mit dieser Vorstellung beginnt eine Reihe von zunächst 5 beratigen Vorstellungen, die durch die Uebernahmen der ersten beiden „Polestina“-Aufführungen ermöglicht worden sind. An diesen beiden ist über sämtliche Plätze durch die drei „Freien Volkshäuser“ angeschlossenen sozialen Organisationen verfügt. Am Sonnabend geht gleichfalls „Polestina“, und zwar als Vorstellung mit üblichem Kassenaufschlag in Szene.

Eine kleine Tänzerin Riddy Impeloven langte Sonntag mittig im Sommertheater bei Reinhardt. Eine Probenaufnahme, sofortig ein Spiegelspiel. Man kann nur wünschen, daß dieser jungen Tanzzeit gesunder Glieder jede Kunstfertigkeit bleibt, wie in ihren schönsten Leistungen, dem „Sakal“, dem „Gefangenen Vogel“ und den „Puppenkungen“, die vor allem gefallen. Nicht der Tongruben der anderen, nur die eigene Klangluft bleibt für Stern und Ziel.

Eine Internationale der sozialistischen Studenten. Im Februar 1919 fand die Gruppe der sozialistischen revolutionären Studenten Frankreichs einen Kongress an der sozialistischen Studenten der ganzen Welt, in dem sie zu der gemeinschaftlichen internationalen Arbeit aller sozialistischen Studenten aufrief. In allen Ländern Europas und selbst in Japan, fand dieser Kongress lebhaftes Echo. — Im Dezember soll in Genf ein Kongress stattfinden, der neben der Ausdehnung der Verfassung der internationalen Studentenvereinigungen in allen politischen Ereignissen, die den Sozialismus betreffen, Stellung nehmen und auch über den Anschluß an die zweite internationale entscheiden soll.

Zum Gedenktage der russischen Revolution findet in der Philharmonie am 2. November, nachmittags 4 Uhr, eine Veranstaltung der „Volkskunst“ für die freie Jugend statt. Mitwirkende sind: die Trio-Vereinigung Schwarz-Decker-Eichmann, die das Tchaikowsky-Trio dem Publikum eines großen Mannes spielen. Carl de Vost trägt russische revolutionäre Dichtungen vor. Partien zum Preis von 1,25 M. sind in der Straussstraße 12, der „Freiheit“-Verhandlung und auf schriftliche Bestellung für Arbeitervereine Lützenstraße 18 (Bund für proletarische Kultur) erhältlich.

Heber „Volkswissenschaft und die Intellektuellen“ sprach Radja Strasser am Mittwoch, den 29. Oktober um 8 1/2 abends im Künstlerhaus, Wilmersdorf 5. Freie Kunstverein. Eine neue Zeitschrift wird Stefan Grohmann vom Dezember ab im Ernst Rowohlt Verlag, Berlin W 85 unter dem Titel „Die Wochenzeitung“ herausgeben.

Die Justiz des Weissen Schreders.

Aus Halle wird uns geschrieben:

Mehr als sieben Monate liegt in Halle der ehemalige Vorsitzende des Arbeiterrates, Genosse Nilsen, in Untersuchungshaft. Da lange Zeit trotz allerseitiger Bemühungen nichts zur Verschleppung des Verfahrens getan wurde, trat der Eingekerkerte in den Hungerstreik, um gegen die Prozessverschleppung zu demonstrieren. Dieses verzweifelte Mittel hatte den Erfolg, daß dem Genossen Nilsen endlich die Klagsbeurteilung zugestimmt und Termin auf den 10. November angesetzt wurde. Die Anklage lautete auf Mord, weil Nilsen bei Ausbruch der Revolution in der Druckerei der angeblich demokratischen „Sozialzeitung“ einige Rollen Papier leihweise entnommen hatte. Weiter wird unser Genosse der Freiheitsverletzung beschuldigt, weil er den Dienst der Garde-Kavallerie-Division stehenden Losspiegel Haltung, den die Staatsanwaltschaft wegen zahlreicher Verbrechen wohl oder übel doch einsperren mußte, in Schutzhaft genommen habe, um den Ausbruch der von dem Noskespiegel angezettelten Kutsche zu verhindern. Einige andere Bagatelien, die zum Gegenstand der Anklage gemacht werden, zeigen recht deutlich, daß es den gegenrevolutionären Kreisen vor allen Dingen darauf ankommt, ein Opfer für die „Schmach des 9. November“ zu haben. Während hier der Staatsanwalt mehr als ein halbes Jahr zur Anklageerhebung benötigte, habe das Halle'sche „Volkblat“ schon drei Tage nach Erscheinen eines Artikels, in dem die Prozessverschleppung kritisiert wurde, eine Anklage wegen Verleumdung des Untersuchungsrichters. Und weil unser Bruderblat der interessierten Öffentlichkeit mitgeteilt hatte, welche entsetzlichen Verbrechen der so lange der Freiheit beraubte Kampfgenosse beschuldigt wird, folgte prompt ein Verfahren wegen Übertretung des Reichspressgesetzes. Außerdem schweben gegen das „Volkblat“ nicht weniger als sieben Klagen wegen Verleumdung.

In der gleichen verzweifelten Lage wie Nilsen befindet sich unser Genosse Fritz Herchlandt, der als Leutnant der Reserve-Militärbevollmächtigter des Hallischen Soldatenrates war und sich als solcher den Horn der Ed-mohelkliche gezogen hatte. Mit Hilfe eines gefälschten, die Unterschrift Noskes tragenden Haftbefehls wurde Herchlandt am 21. Februar von Abgeordneten des Edenholts auf hinterlistige Weise gepackt, mit Stricken gebunden, zunächst nach Weimar und von dort im Parlamentstzuge nach Berlin gebracht. Während des Aufenthalts in Halle stellte sich einer der Schergen des Edenholts — von dem jetzt einwandfrei festgestellt ist, daß es der Student Felix Suberti ist und seinerzeit den Mord an unserem Genossen Reichberg verübt hat — neben Herchlandt, hielt ihm die entscheidende Welle ans Ohr, während er gleichzeitig zum Fenster hinaus sah, bereit, ihn beim nächsten Sicherheitsbedenken sofort niederzuschlagen. Nach längerer Quälerei erfolgte seine Ueberführung von Berlin nach Halle, wo er nun im Militärgefängnis unter den unwürdigsten Umständen bis heute in Haft gehalten wird. Wiederholt gestellte Anträge auf Haftentlassung oder Anklageerhebung wurden vom Kriegsgericht der R.S.D. unter den lächerlichsten Ausflüchten abgelehnt.

Der mit der Untersuchungsführung betraute Kriegsgerichtsrat ist ein famulischer Sozialistenhasser alten Schlages. Hat es dieser Herr doch fertig bekommen, zu einem anderen ehemaligen Mitgliede des Soldatenrates zu erklären: „Schon die Tatsache, daß er Mitglied des Soldatenrates gewesen ist, genügt eigentlich, ihn ins Zuchthaus zu bringen.“ Da kann doch wohl von einer sachlichen und gerechten Untersuchung nicht mehr die Rede sein, sondern lediglich von einer Sammelung tendenziöser entstellter Berichte zum Teil sehr zweifelhafter Elemente. Seine wiederholten Anträge, auch die der Hallischen Stadtverordnetenversammlung, deren Mitglied er ist, haben nicht die geringste Befriedigung erfahren, weshalb Herchlandt als Protest gegen die ungerechte Art der Untersuchungsführung und als Protest gegen die weitere Verschleppung der Sache gleichfalls in den Hungerstreik getreten ist. Er hat seit fast einer Woche jegliche Nahrungsaufnahme verweigert, und es besteht, da seine Kräfte im Schwanden sind, Gefahr, daß er der Noskesjustiz zum Opfer fällt, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen wird.

Vor einigen Tagen kennzeichnete die „Freiheit“ ein Schredensurteil des Rammurger Schwurgerichts, wonach einige Arbeiter zu insgesamt 16 Jahren Zuchthaus und 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden sind, weil sie an einer Schlägerei teilgenommen haben sollen, die dadurch entstanden war, daß ein Matrose von einem Leutnant niedergeschlagen worden war. Diesem Schredensurteil reiht sich ein vom Landgericht Halle gefälltes Urteil würdig an. Gelegentlich einer Eisenbahnfahrt von Bitterfeld nach Delitzsch waren einige Regierungssoldaten in ein von Arbeitern besetztes Abteil 4. Klasse gestiegen. Es kam zu einer belanglosen Händelei über das „Königs-Eisenbahn“ der Soldaten, die „sich schmückt“, wie die „Fingstocher“. Da die Noskeslinge mit ihren Revolvern und Seitengewehren drohten, wurden sie entwaffnet und verprügelt. Der Staatsanwalt hatte gegen jeden der sechs Angeklagten drei Monate Gefängnis beantragt. Wie bei dem Rammurger Urteil, ging das Gericht auch hier über den Antrag des Anklägers hinaus und verurteilte drei der Arbeiter zu je einem Jahre und zwei Monaten Gefängnis, die anderen erhielten zehn, neun und acht Monate Gefängnis. Dabei handelte es sich, wie das Gericht feststellte, nach nicht um die Hauptbeteiligten. Man sieht, die Justiz braucht die Erlasse Noskes besser als die monarchistische Generallität.

Und vor dieser Strafkammer beginnt am 10. November der für drei Wochen berechnete Prozeß gegen den Genossen Nilsen. Eine Prognose aufzustellen dürfte nicht schwer fallen.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 25. Oktober (Paris).

Der Oberste Rat der Arbeiter unter dem Vorzuge Pichon genehmigte den Entschluß der Anwesenheiten an die Kommune, die die Volksabstimmung im Gebiet von Leschen vorzubereiten hat. Er beauftragte die Kommission für die polnischen Anwesenheiten, sich auf eine Klage der

polnischen Delegation hin zu vergewissern, ob die deutsche Regierung die Durchführung der Gemeindevahlen in Oberschlesien angeordnet hat, die nicht vor Ankunft der Kommission stattfinden sollen, die mit der Organisation der Volksabstimmung in Oberschlesien betraut ist.

Polnabonnenten!

Der Monatswechsel steht vor der Tür. Nur die sofortige Bestellung der „Freiheit“ sichert Ihnen ununterbrochenen Bezug auch im nächsten Monat.

Milderung der Ostseeblockade.

Berlin, 28. Oktober.

In der Kriegerzeitung über die Milderung der Blockade der Ostsee erfahren wir von zuständiger Seite:

Am 10. Oktober funkte die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission: „Anfolge des Angriffs auf Riga wird die Freifahrt erlaubnis für alle deutschen Schiffe in der Ostsee vorübergehend aufgehoben. Schiffe, die jetzt in der Ostsee in See sind, sind zurückzurufen, und es ist ihnen anderen die Erlaubnis zu geben anzufahren, solange dies Verbot dauert. Deutsche Schiffe, die in der Ostsee angetroffen werden, sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unterworfen.“ Es ist inzwischen festgestellt, daß eine Notifikation dieser verhängten Ostseesperre bei den neutralen Ostseestaaten nicht stattgefunden hat.

Auf das deutsche Gesuchen an die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission um Befreiung, daß die deutsche Schifffahrt in den deutschen Küstengewässern nicht behindert werden wird, antwortete diese, die Aufhebung der Freifahrt für deutsche Schiffe schlicke die deutschen Küstengewässer ein.

Unter dem 25. Oktober teilte die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission mit: Küstengewässer werden jetzt außerhalb der Beschränkungen stehend betrachtet werden, wie sie im Juntspruch vom 10. Oktober niedergelegt sind.

Die Schande der Pressebelagerung.

Unser Breslauer Parteiorgan, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, ist von dem schlesischen „Oberkommandierenden“ Goring auf neue Verbote worden. Nachdem dieser gelehrte Noskes-Schüler unseren unabhängigen Genossen in Oberschlesien die Herausgabe einer Zeitung ohne Angabe von Gründen verboten hat, geht er jetzt daran, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ durch formwählende Verbote zu ruinieren. „Aufreizende Artikel“ genügen für die Begründung des Verbots. Man nimmt sich erst gar nicht die Mühe, anzugeben, was als aufreizend betrachtet wird. Dies Verbot reiht sich würdigen dem Noskes-Verbot der „Freien Jugend“ und den vielen anderen Verboten und Verbotandrohungen gegen die unabhängige Presse an.

Unser Rheinischer Parteiorgan, die „Rheinische Volksstimme“, erhielt am 20. Oktober folgendes Schreiben:

In Ihrer Morgenausgabe Nr. 248 vom 17. 10. 1919 bringen Sie einen Artikel unter der Überschrift: „Deutschlands Krise“, der in unwahre Weise gegen die Regierung hegt, in hohem Maße zum Widerstand gegen sie auffordert und geeignet ist, hierdurch die Ruhe und Ordnung zu stören.

Ich verwarne Sie hiermit auf das schärfste, derartige aufreizende Artikel zu bringen.

Schönan,

Oberleutnant u. Adj. Ambr.

Die Pressefreiheit soll nach den Worten der rechtssozialistischen Führer eine der wertvollsten Erzeugnisse der Revolution sein. In Wirklichkeit steht sie nur auf dem Papier. Die militärischen Wackelbäume, die heute in Deutschland das Zepter führen, gehen in ihrem Haß gegen die oppositionelle Presse noch radikalster vor als die Schergen Ludendorfs während des Krieges. Und das Ganze nennt sich dann „vollendete Demokratie“.

Der Brandenburgische Städtetag.

Von einem Teilnehmer an der Tagung des Brandenburgischen Städtetages, über die wir bereits berichtet haben, geht uns noch folgendes Stimmungsbild zu:

Die Städtetage, ursprünglich in der Hauptsache dazu bestimmt, den Gedanken der Selbstverwaltung gegenüber der staatlichen Bürokratie zu schärfen, bedürfen unter den neuen durch die Revolution geschaffenen Verhältnissen dringend einer Umgestaltung. Den Beweis dafür lieferte die Tagung des Brandenburgischen Städtetages, die in der Hauptsache wegen des Widerspruchs zwischen den früheren Aufgaben und der jetzigen Zusammensetzung des Städtetages ergebnislos verlief. Auf der Tagung gewann man den Eindruck, daß ein erheblicher Teil der städtischen Verwaltungsbeamten sie immer noch als ihr ausschließliches Herrschaftsgebiet betrachtet und nicht begreifen kann, daß die Anschauungen der neuen in allen Gemeinden tätigen Kräfte auch auf dieser Tagung nach Ausdruck ringen. Die erstatteten Referate über die Steuerreform, die Neuordnung der Gemeindeverwaltung und die Frage Groß-Berlin entbehren durchaus der Großzügigkeit und stützen die gewolligen neuen Aufgaben mit den alten, unzulänglichen Mitteln zu lösen. Einem großen Teil des Städtetages war deshalb die Tatsache sehr unangenehm, daß sowohl die Rechtssozialisten als auch die auf dem Boden der U. S. P. stehenden Teilnehmer des Städtetages sich zu geschlossenem Auftreten vereinigt hatten und ihren Anschauungen die Forderungen der sozialistischen Arbeiterklasse nach gründlicher Neuordnung entgegenstellten. Die Ausführungen des Genossen Herz-Charlottenburg, der sowohl bei der Frage der Neuordnung der Gemeindeverwaltung als auch bei der Beratung der Frage Groß-Berlins den Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie darlegte und insbesondere die heilschichtige Abstimmung über die von den Reichsregierungen vorgelegten Leitsätze stark bekämpfte, wurden deshalb von den alten Parteien, die die Städtetage als ihre ausschließliche Domäne betrachteten, als eine unangenehme Störung ihrer Absichten empfunden. Die Abstimmung über die Leitsätze unterließ aber, weil die Mehrheit der Versammlung einwarf, daß eine Abstimmung, die die Meinungsverschiedenheiten erkennen lasse, ohne Eindruck auf die maßgebenden Stellen haben würde.

Die Gemeindevorsteher der U. S. P. müssen deshalb für die Folge dieser Tagung größere Beachtung schenken. Da eine Aenderung der Verfassung des Städtetages in Aussicht steht, so wird die Frage zu entscheiden sein, ob die Städtetage Vertretungen der Städte, d. h. aller ihrer Strömungen und Anschauungen werden sollen, oder nur Vertretungen der leitenden Kommunalbeamten, wie es bisher der Fall war.

Gewerkschaftliches.

Der unbefugte Lehrmeister.

Der „Vorwärts“ wirft in einem Artikel „Solidarität oder Schwarzarbeit?“ in seiner Abendausgabe vom 21. Oktober dem Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin vor, er habe versucht, durch Verhöhnung und Entwertung des „Solidaritätskassenschein“ im Arbeiter zu erwirken. Als Beweis dafür bracht er ein Rundschreiben des Betriebsrates ab, das die Angestellten der Ortskrankenkasse zur Zahlung der vom Zentralverband der Angestellten und von der Berliner Gewerkschaftskommission beschlossenen Beiträge zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter auffordert. Das Vergehen des Betriebsrates soll darin bestehen, daß das Rundschreiben enthält, die Vertrauensleute seien „angeordnet“, über die Namen der Kollegen, die die Zahlung verweigern, Liste zu führen und uns Bericht zu geben.“

Der also angeordnete Betriebsrat schickte dem „Vorwärts“ darauf am 23. Oktober eine Erklärung mit dem Inhalt: „Der Inhalt. Das Hauptorgan für Streikbrecher, dem der Fall doch so bedeutungsvoll für die Arbeiterklasse erschien, hat die Veröffentlichung der Erklärung mit einigen schmerzlichen Redaktionen abgelehnt. Wir fühlen uns daher verpflichtet, ein wenig nachzusehen, und bringen die Erklärung daher im Wortlaut zum Abdruck:

1. Der in der Abendausgabe Nr. 599 des „Vorwärts“ unter „Gewerkschaftliches“ kritisierte Beschluß des Betriebsrates der Allgemeinen Ortskrankenkasse bezüglich Unterstützung des Streiks der Berliner Metallarbeiter ist ein himmlich bei einer Erhaltung gefaßt worden und stützt sich auf den vom Verband der Angestellten und der Berliner Gewerkschaftskommission veröffentlichten Beschluß, wonach sämtliche Mitglieder pro Woche 1 M., 2 M., 3 M., 4 M., 5 M. zu zahlen haben. Nebenbei sämtliche Kollegen und Kolleginnen sind Mitglieder dieses Verbandes, halten also nach gewerkschaftlichen Gepflogenheiten, selbst wenn die Aufforderung des Betriebsrates nicht ergangen wäre, die Verpflichtung zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter.

2. Die Unterstützung derjenigen, die sich um ihre selbstverständliche Solidaritätspflicht zu drücken suchen, ist ebenfalls eine alte gewerkschaftliche Gepflogenheit. Wenn es auch einem gewissen Teil unserer geschätzten Mitarbeiter unangenehm sein sollte, Farbe zu bekennen, ob sie entweder Arm in Arm mit der Waage der Schornsteinfeger, dem Verband der Metallarbeiter, mittels des organisierten Streikbruchs, genannt „Technische Notfälle“, gehen oder nach sozialistischer Ueberzeugung zu ihren um ihre Existenz ringenden Arbeitbrüdern halten wollen: Die große Mehrheit der Kollegenschaft will klar sehen, mit wem Verhältnisse sie zu tun hat! Trotz unserer ersten, in rein brüderlichem Tone abgefaßten Aufforderung zur Solidarität hatte gerade eine betrübliche Anzahl rechtssozialistischer Kollegen sich nicht an den Sammlung beteiligt.

3. Mit dem „Vorwärts“ über Solidarität und Diktatur des Proletariats zu rechten, wäre unfruchtbar begonnen. Wer wirtschaftlich und politisch auf Wachs und Verberb mit dem Bürgertum verbunden ist, kann sich nicht in die Vorkellungsmittel proletarischer Arbeiter- und Angestelltenfreie hineinwerfen. Der „Vorwärts“ Seite an Seite mit der „Reiszeitung“ — das ist die beste Quittung für unsere konsequente revolutionäre Haltung.

Dieser Erklärung wäre nur noch hinzuzufügen, daß der „Vorwärts“ sich hätte nicht, hochmütig zu den „Jüngeren unter uns“ zu sprechen und ihnen Belehrungen über die Gepflogenheiten der Arbeiterbewegung in den Fragen der Solidarität und Disziplin zu erteilen, so lange ihm selbst nicht die Gelegenheit aufgegangen ist, daß Beschlüsse der Verbandesleitungen Verepflichtungen aller Mitglieder in sich schließen, auch dann, wenn die Beschlüsse sich auf die Zahlung von Exzenträgegen beziehen. Es ist von jeher Brauch gewesen in den Gewerkschaften, daß die Verneinung solcher pflichtgemäßen Erstattungen genau so bewertet wird, wie die Verweigerung des obigen gewerkschaftlichen Mitgliederbeitrages. Ueberhaupt hat dieses Zentralblatt für organisierten Streik den Recht vorzückt, in Fragen der Solidarität und Disziplin zu urteilen oder gar zu verurteilen.

Streik der Holzarbeiter in Halle.

Seit fünf Wochen stehen die Holzarbeiter in Halle in schwerem Kampf um die Anerkennung und Durchführung des vom Arbeiterbeschwerdenverband abgelehnten Reichsarbeits. Nach neuntägigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberschutzverband und der Arbeitsvermittlung vor dem Schlichtungsausschuss ist ein Schiedsspruch gefaßt worden, der den im Reichsarbeits enthaltenen Forderungen nicht im engersten Rechnung trägt, die grundsätzlichen Forderungen der Holzarbeiter geradezu über den Haufen wirft. — Diesen Schiedsspruch haben die Holzarbeiter in einer überfüllten Versammlung abgelehnt und mit unermüdelter Einmütigkeit die Fortführung des Kampfes beschlossen. Die Holzarbeiter im ganzen Reich werden ersucht, ihre kollektiven Kollegen in dem ihnen aufgewungenen Kampf weitgehend zu unterstützen, und vor allem jeden Zutritt zu vermeiden sowie jedwede Zufuhr von Möbeln, Pianos, Musikwerken und sonstigen Erzeugnissen der Holzindustrie aller Art unter allen Umständen zu verhindern, die den Kampf gegen den Reichsarbeitsgang offensichtlich geführt und diesen mit zu Fall gebracht haben. Ihnen muß jeder Führer wirtschaftlicher Boden abzuräumen werden. Die Halle'schen Holzarbeiter sind fest entschlossen, den ihnen aufgewungenen Kampf bis zum endgültigen Siege durchzuführen.

Abstrak, Johanniskal. Dienstag früh 10 Uhr Betriebsversammlung.

L. Löwe u. Co., Dultenstraße. Streikende von 1—1008 und Arbeiter von 1—408 Montag und Dienstag von 9—2 Quittung unterschreiben. Dienstag 2 Uhr, Klostergarten (Pflanzeng), Betriebsversammlung.

Bergmannwerke Rosenthal. Dienstag vormittag von 10 bis 10 1/2 Uhr Kontrollkarten empfangen bei Bohne. Von 11 bis 12 Uhr für die Nummern 1—1500 bei Bohne, von 1501—3000 bei Klein. Auszahlung der Streikunterstützung. Ohne Kontrollkarten kein Geld.

Taubstumme Holzarbeiter! Die taubstummen Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes haben den Arbeitsnachweis in der Königsfurterstraße Str. 20/21 streng zu weiden. Unabhängig ist der partielle Arbeitsnachweis der Holzindustrie, Rückstr. 9, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ecklon der Taubstummen, Verwaltungsstelle Berlin.

Die Handwerker des Pflanz- und Tannen-Großhandels nehmen den Schiedsspruch über gemeinschaftliche Tarifverhandlungen an unter der Voraussetzung, daß bis 1. November gemeinschaftliche Verhandlungen der Kommission der drei Arbeiterverbände und des Transportarbeiterverbandes stattfinden. Wegen der Verzögerung der Verhandlungen fordern die Arbeiter von den Unternehmern eine Arbeitslosenabgabe von 100 M. auf Grund ihrer Kollage und einen Streikschlag bis zu diesem Tage an.

